

Erhält  
an allen Verkäufen.

Bezugspreis monatl. 80 Pf.  
bei der Geschäftsstelle 3.50  
in den Ausgabestellen 3.70  
durch Zeitungsboten 3.80  
durch die Post 3.50  
auschl. Postgebühren  
ins Ausland 60 Pf.  
in deutscher Währg. 5 R.-M.

Fernsprecher 6105, 6275.  
Tel.-Nr.: Tageblatt Posen.

# Posener Tageblatt

(Posener Warte)

Postcheckkonto für Polen  
Nr. 200283 in Posen.

mit illustrierter Beilage: „Die Zeit im Bild“.

Postcheckkonto für Deutschland  
Nr. 6184 in Breslau.Anzeigenpreis: Petitzeile (38 mm breit) 45 Gr.  
für die Millimeterzeile im Anzeigen Teil 15 Groschen  
Reklameteil 45 Groschen.Bei höherer Gewalt, Betriebsförderung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezieher  
keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Sonderplatz 50% mehr. Reklameneinheitzeile (90 mm breit) 135 gr.

## Griechenland und der Völkerbund.

Aus Völkerbundkreisen.

In der Levante kursiert seit jeher ein Sprichwort: „Ein Griech schlägt zehn Westeuropäer, ein Korsiole zehn Griechen, ein Kreier aber zehn Korsioten.“ Nur der Armenier ist allen gewachsen.“ Der wahre Kern dieser Völkerfahrung hat sich auch diesmal wieder bestätigt. Griechenland hat im Wege über Genf wieder einmal ein levantinisches Geschäft gemacht. Der Griech Politis hat zehn Westeuropäer drangekriegt, nun, da diese sich wehrten, wurde der Kreier Benizelos gerufen, der mit ein paar schlechten Witzeln auf der letzten Tagung des Völkerbundsrats über die schwierige Situation hinweggekommen ist, in welche der Völkerbund geraten war, da er gleichzeitig das Patronat über das griechisch-bulgarische Minderheitsabkommen und über die griechische Anleihe übernommen hatte. Das griechische Geschäft bleibt aufrecht. Die Westeuropäer werden nicht viel exekutieren können. Chamberlain wird mit seinem „Shaking“ in Athen nicht viel Eindruck machen, und die schriftliche Antwort auf den Rechtsstandpunkt des Kreiers werden die Griechen auch anhalten.

Im September vorigen Jahres, während der Tagung des Völkerbundes in Genf, überreichten die Führer der bulgarischen und der griechischen Delegation, Außenminister Kalafoss und der griechische Staatsrechtslehrer Politis, dem Völkerbunde zwei gleichlautende Protokolle, die auch der Generalsekretär des Völkerbundes Sir Eric Drummond unterzeichnet hatte. Durch diese Protokolle garantierten die beiden Regierungen ihren Minoritäten, das heißt den Griechen in Bulgarien und den Bulgaren in Griechisch-Makedonien und Griechisch-Thrazien einen weitgehenden Minoritätschutz. Gleichzeitig sollte ein freiwilliger Bevölkerungsansturm zwischen Bulgarien und Griechenland in die Wege geleitet werden, über den eine Kommission wachen sollte, der außer einem griechischen und bulgarischen Delegierten auch zwei Delegierte des Völkerbundes, ein Engländer und ein Belgier, angehören sollten.

Die Unterzeichnung dieses Abkommens wurde damals als ein großer Erfolg des Völkerbundes eingeschätzt. Die beiden direkt interessierten Staaten hatten den Völkerbund selbst als Geranten angerufen, und der Zweck dieses Vorgehens konnte nur darin gelegen haben, es den beiden Regierungen zu erschweren, sich den gegenseitig übernommenen Verpflichtungen zu entziehen, ohne den Völkerbund zu desavouieren. Gleichzeitig setzte sich der Völkerbundrat damals für eine 10 Millionen Pfundanleihe Griechenlands ein, welche zur Deckung der Kosten des kleinasiatischen Bevölkerungsaustausches verwendet werden sollte. Die Anleihe kam unter Dach und Fach, aber die Linie des Minoritätsprotokolls war noch nicht mal trocken, da wurden die Bulgaren aus Griechenland in Massen vertrieben, um den griechischen Kolonisten aus Kleinasien, die nun einzutreten, Platz zu machen. Bulgarien beschritt den komplizierten Verfahrensweg, der vor dem Forum des Völkerbundes in Streitigkeitsfällen über nationale Minderrechte zu Recht besteht, während Griechenland immer wieder geschickt auszuweichen verstand. Inzwischen war es zwischen Belgrad und Athen wegen des Abkommens mit Bulgarien zu einer ernstlichen Spannung und zur Kündigung des griechisch-serbischen Freundschaftsvertrages von 1913 gekommen.

Ungeachtet der Ansprüche Griechenlands ratifizierte Bulgarien in der Sobranje am 29. Dezember 1924 fast einstimmig das Genfer Übereinkommen. Die griechische Kammer dagegen verwarf nach längerem Hinausschieben das Abkommen. Die griechische Regierung hat nun den Völkerbund davon zu überzeugen versucht, daß die Bestimmungen des Abkommens mit Bulgarien auf dem Balkan nicht anwendbar seien. Der Völkerbundrat hat sich nun in seiner letzten Sitzung tatsächlich mit dieser Frage beschäftigt. Chamberlain trittte scharf das Verhalten der griechischen Regierung, aber endlich wurde dieser nur aufgetragen, drei Fragen des Völkerbundrates schriftlich zu beantworten. Diese drei Fragen beziehen sich auf den realen Minderheitsschutz, den Griechenland bereits getroffen habe bzw. zu treffen gedente. Daß Griechenland das Abkommen mit Bulgarien noch ratifizierte, daran zweifelt der Völkerbund selbst schon. Der Kreier Benizelos erklärte den Westeuropäern, daß der Griech Politis bei Unterzeichnung des Protokolls seine Vollmachten überschritten habe. Damit wird nur die Frage aufgeworfen, ob sich ein Mitglied des Völkerbundrats finden wird, welches den Völkerbund auf die Gefahr aufmerksam macht, daß die Rechte einer nationalen Minderheit vergrößert werden könnten. Inzwischen dürfen die Bulgaren aus Thrazien und Makedonien den Heimweg nach dem Mutterlande antreten. Der Völkerbund aber muß Mittel und Wege finden, damit sein Prestige hochgehalten werde; denn er kann nicht zugeben, daß eines seiner Mitglieder, welches mit ihm ein Abkommen abgeschlossen hat, sich über seine Verpflichtungen hinwegsetzt, wodurch der Glauben erweckt wird, daß die Genfer Beschlüsse unwirksam sind.

## Umformungen des Kabinetts.

Herr Thugutt bleibt. — Stanislaus Grabski wird Kultusminister. — Herr Niedroß will zurücktreten.

Habsamlich wird gemeldet: Die gestrige Sitzung des Ministerrates hat die endgültige Gründung eines Komitees für Minderheitenfragen gebracht, deren Präsident Herr Thugutt ist. Darauf begab sich der Ministerpräsident zum Staatspräsidenten, um ihm die Nominierung des Herrn Stanislaus Grabski zum Kultusminister vorzulegen. Wie der „Kurier Poranny“ erfährt, sind im Zusammenhang mit den vorangegangenen Ereignissen durch das Minderheitenkomitee des Ministerates zwei Dokumente festgelegt worden, die der Herr Ministerpräsident unterschrieben hat. Das erste Dokument, von dem es eine ein Reglement für die Minderheitenfragen ist, regelt die Kompetenzen des stellvertretenden Ministerpräsidenten — das andere Schriftstück regelt die innere Organisation des Komitees und die Arbeiten der Sekretariate, der Präsidenschaft im Ministerrat. Das Komitee für Minderheitenfragen soll vor allen Dingen die Politik der Regierung den Minderheiten gegenüber festlegen. Die Minderheitenabteilung, zugleich mit ihrem Vorsitzenden, wird in die Executive keinen Einblick haben, und ihr steht lediglich das Betreut zu. Die Minderheitenabteilung wird die Beamten für die Grenzgebiete erkennen dürfen, und zwar lediglich die Beamten von Kategorie VI ab. Das Betreut betrifft die Ernennung von Beamten, Staatsanwälten, Schülern usw. Hier wird das Komitee Einspruch erheben dürfen, wenn ein Mann an die Stelle kommt, der nicht als tolerant und geeignet bekannt ist. Die erste Ausgabe wird darin bestehen, eine Verständigung des Herrn Thugutt mit Herrn Stanislaus Grabski zu Stande zu bringen. Diese Verständigung wird vor allen Dingen in der Erfüllung des Sprachengesetzes angestrebt.

Der Leiter des Ministeriums für Kultus und Unterricht, Herr Jawidoff, der vertretungswise die Geschäfte führte, ist zurückgetreten. Heute morgen gehen in politischen Kreisen Gerüchte um, daß der Handelsminister Niedroß zurücktreten wird, um die Nachfolge zu übernehmen. Herr Niedroß ist der Schwager des Ministerpräsidenten, und man erzählt, daß der Rücktritt mit dem Eintritt Stanislaus Grabskis, dem Bruder des Ministerpräsidenten, zusammenhängt. Für den Posten des Handelsministers, Niedroß, wird der jetzige Bismarck des Finanzministeriums, Herr Klärner, genannt. Den Posten des Bismarcks Klärner soll dagegen der Direktor des Departements für Wahlen und Monopole, Herr Skowacki, übernehmen.

Im Zusammenhang mit dem Misstrauensvotum dem Herrn Agrarreformminister Kopecky ist gegenüber, welches die Agrarkommission gestern abgelehnt hat, ist Herr Kopecky heute vom Ministerpräsidenten zu einer Besprechung gebeten worden. Die Ergebnisse der Unterredung sind unbekannt.

Gegen den Minister für Agrarreform kam es in der Sitzung der Haushaltungskommission, die sich mit dem Budget der Agrarreform beschäftigte, zu einem Zwischenfall, der Herrn Kopecky vor die Alternative stellt, seine Mission einzureichen. Die Kommission beschäftigte sich mit den Kosten des Agrarreformministeriums und stieß eine ganze Reihe von Ausgaben, die der Minister beantragt hatte. Der Abg. Skawocki (Büttnerpartei) stellte den Antrag, vom Budget des Ministers 100 Rötel zu streichen, um damit das Misstrauensvotum der Kommission auszusprechen. Der Antrag wurde mit 16 gegen 11 Stimmen angenommen. Für den Antrag stimmten der Nationale Völkerbund, die Bielen und der jüdische Club.

Aus diesen Zwischenfällen sehen wir, daß im Kabinett des Herrn Grabski nicht alles so ist, wie man annehmen könnte. Der Ministerpräsident steht sicher, und er besitzt auch das Vertrauen. Schon jetzt man jedoch an dem Mantel, der ihm um die Schultern hängt, und ein Getreuer nach dem anderen muß einem

## Möge endlich Recht und Gerechtigkeit herrschen!

Eine Mahnung aus polnischem Munde.

Wir sind es seit langem gewohnt, daß bei uns in Posen das „maßgebende“ Blatt (das lediglich die größte Leserzahl besitzt), immer dann von polenfeindlicher Bestimmung spricht, weil es Menschen in Polen gibt, die sich darüber beklagen, wenn einmal Unrecht geschieht. Stets ist immer nur von „Feinden“ die Rede, wenn einmal die Wahrheit geschrieben wird. Sagt es aber ein Deutscher, so ist es mindestens Hochverrat, wenn nicht etwas Schlimmeres.

Wir sind heute in der Lage, eine polnische Stimme zu zitieren, und zwar eine Stimme, die recht unverfälscht erscheinen muß, weil sie vom „Kurier Poranny“ stammt, einem Blatte, das sich gewöhnlich sehr nationalistisch gefühlt, wenn auch hin und wieder nach dem Rausch bei ihm die Bestimmung so richtig im Staate sein kann. Der „Kurier Poranny“ will nun selber auch recht unverfälscht erscheinen, und er attackiert die Auferzungen eines hohen Beamten aus den Läpprovinzen Polens, des ehemaligen Generalkommissars der Ostegebiete, Herrn Osmowski. Wir bringen diese gewiß unverfälschte polnische Stimme als ein Zeichen dafür, daß alles nicht so ist, wie es gemacht zu werden pflegt und wie der „Kurier Pozn.“ es immer hinzustellen liebt. Wir halten es für überflüssig hierzu noch nähere Bemerkungen hinzuzufügen; wir glauben aber versichert zu dürfen, daß dieser Artikel des „Kurier Poranny“ allen aus dem Herzen gesprochen ist, die es sonst nicht zu sagen wagen, weil sie nicht gern vor den Strafrichter gestellt werden möchten.

Das Blatt schreibt:

„Die Regierung beruft ein Komitee für Angelegenheiten der östlichen Wojewodschaften zwecks Sanierung unserer leidenden Ostmark.“

Was hat diese Sanierungsaktion zu beginnen? Das ist eine Frage, zu der heute die Regierungskräfte, der Sejm und die öffentliche Meinung Stellung nehmen müssen. Das ist in den Ostmarken schwierig, sogar sehr schwierig ist, wissen wir heute schon alle; aber was anfangen, dann mit es beisetzt wird?

Auf diese Frage hören wir die widersprechendsten Antworten.

Wir wollen erst gar nicht von denen reden, deren ganze politische Klugheit auf den Glauben an Ausnahmegerichte und Landgerichte hinausläuft. Aber sogar unter Leuten, die begreifen, daß zur wahren Verhügung des Landes dessen Bedürfnisse

nisse befriedigt werden müssen, gibt es keine klare und einträchtige Ansicht darüber, was in diesem Falle das wesentlichste Bedürfnis ist, daß vor allen anderen befriedigt werden muss.

Die einen sagen, daß man vor allem die schlechte Verwaltung ändern müsse, andere sagen darauf, daß man fürs erste nicht weiß, woher man diese gute Verwaltung nehmen soll, und fürs zweite keine Verwaltung den Ostmarken gut sein werde, wenn nicht die Regierung eine gute und konsequente Nationalitätenpolitik betreiben wird. Es handelt sich also vor allem um den Entschluß zu einer bestimmten Nationalitätenpolitik. Darauf sagen andere, daß die Nationalitätenpolitik nur die nicht zahlreiche Sicht der Intelligenz angeht, während es den Massen um materielle wirtschaftliche Bedürfnisse geht, und deshalb ist die Frage der Ostmarken vor allem eine wirtschaftliche Frage, eine Frage der Agrarreform, der Forstarbeiten, der Saatfrüchte usw.

All diese Antworten treffen nicht das Wesen der Sache. Natürlich ist auch eine gute Verwaltung nötig und eine vernünftige Nationalitätenpolitik. Darauf folgt die Agrarreform und die wirtschaftliche Unterstützung; aber das verfügt und verschwindet ohne Spur in dem Erdbeben, das zur Stunde das Ostmarkenleben ist, eines festen Rechtsbodens hat.

Der Mangel an Gerechtigkeit, das ist die Hauptquelle aller Ostmarkenunzulänglichkeiten, und ohne Beseitigung dieser Quelle werden keine Arganien für diese Unzulänglichkeiten helfen.

Ein hervorragender Philosoph der Rechten, Perzycki, schreibt mit Recht in der Abhandlung über das Wesen von Recht und Moralität, die türkisch im Druck erschienen ist, folgendes:

„Sehr oberflächlich wäre die Ansichtung, daß die niedrige Stufe oder die wirtschaftliche Entwicklung des Landes von dieser oder jener Richtung der Wirtschaftspolitik abhängt, zum Beispiel davon, ob und wie man gegenüber in der Boll- oder Steuerpolitik Rücksicht heigt werden. Die niedrige Stufe oder wirtschaftliche Entwicklung des Landes hängt ab vom Charakter von Millionen von Subjekten der wirtschaftlichen Tätigkeit, vom Typ der Hauswirte, von deren Energie, Unternehmungslust, Kauffähigkeit sowie kühnen und vertrauensvollen Durchführung der Wirtschaftspläne usw. Aber zur Erzielung solcher Eigenschaften des Charakters ist es nötig, daß alle Gebiete des sozialen Lebens von dem Grundsatz der Moral und vom Recht durchdränkt werden. (Sehr richtig! Red. d. Pos. Tagebl.)“

Das Ostmarkenleben ist nun nicht nur nicht durchdränkt von Recht und Gerechtigkeit, sondern es fehlen ihm diese Gle-



menten ganz, ohne die die Volksgemeinschaft nicht existieren kann. Unsere Ostmarken sind ein trauriges Bild volligen Rechtschwundes, das sind „wilde Felder“ der Rechtlosigkeit. Das Leben auf diesen wilden Feldern ist nicht deshalb schrecklich, weil Banditen dort grauieren — Banditüberfälle passieren nicht überall und nicht alle Tage —, sondern schlimmer ist es, daß der Ostmarkenbewohner niemals über sich Rechtsfürsorge empfindet und immer die Abhängigkeit seines Geschüls von dem bösen oder guten Willen des nächsten Vertreters der Behörde fühlt. Deshalb fühlt er sich nicht als Staatsbürger und achtet selbst nicht die Gesetze.

Die Bevölkereten, die Beziehungen und Protection haben, die haben im Wege der Ausnahme die Gewissheit, daß sie nicht ohne Grund verhaftet werden oder andere Unnachmlichkeiten von der Behörde erfahren und im Bedarfsfalle auf die Unterstützung und Fürsorge dieser Behörde rechnen können. Aber die ungeheure Mehrheit der Bevölkerung, die ganze nichtpolnische Bevölkerung, die 85 Prozent der Einwohner bildet, hat absolut nicht diese Gewissheit ihres Geschüls, die ein gerechter Staat gibt. Diese Bevölkerung wird von den Behörden als ein dem polnischen Staate gegenüber nicht rechtlich denkende Menschenrasse angewöhnt behandelt und hat selbst kein Vertrauen zur Behörde, sieht in ihr einen Feind, von dem sie nur Unangenehmes zu erwarten hat.

Solch trauriges Bild der Ostmarkenverhältnisse zeichnete vor kurzem ein „Demagogue der Linken“ in einer Versammlung, sondern der frühere Generalkommissar der Ostländer, Herr Domowowski, im Sozialpolitischen Club.

Die Sanierung der Ostmarken muß mit einer radikalen Änderung dieser fatalen Verhältnisse beginnen, die sich zwischen der Behörde und der Bevölkerung in den Ostmarken gebildet haben. Und diese Verhältnisse können sich in einer uns erwünschten Richtung nur dann ändern, wenn sich die Ostmarkenbevölkerung davon überzeugt, daß in den Ostmarken gleichermaßen Recht für alle Bürger herrscht ohne Unterschied der Nationalität und Konfession, wie es in der Verfassung heißt.

Ukrainer, Weißrussen, Russen und Juden (und die Deutschen?) müssen die Gewissheit haben, daß sie nicht Bürger zweiter Kategorie sind, sondern daß sie auf gleicher Stufe mit den Polen Rechtsfürsorge besitzen. Erst dann werden die in der därflichen nichtpolnischen Bevölkerung gegenüber dem Polentum feindliche Stimmen verschwinden, die ausschließlich „antipolnischer Agitation“ zuzuschreiben eine naive und schändliche Verschleierung der Augen gegen die traurige Wirklichkeit wäre.

Nichts steht so gegenseitiger Haß zwischen den Bürgern eines Landes, wie die Ungleichheit gegenüber dem Gesetz und der Behörde. Wie haben gleiches Recht für alle, aber die Ostmarkenbehörden haben bisher gegen das Recht Polen und Nichtpolen nicht gleichmäßig behandelt. Und das Recht blieb toter Buchstabe, und die Verwaltungspraxis säte Haß.

Dem muß entschieden ein Ende gesetzt werden. Und in dieser Richtung müßten Regierung wie auch die aufgelaufene öffentliche Meinung des Landes auf die Ostmarkenbehörden einwirken. Die Funktionäre des polnischen Staates von den höchsten bis zu den niedrigsten, müßten wissen und begreifen, daß sie, wenn sie die Bürger je nach ihrer Nationalität und Religion nicht gleichmäßig behandeln, nicht ihre Pflicht tun, dem Staate Schaden zufügen und nicht Belohnungen, sondern Strafe verdienen. Dieser falsche „Patriotismus“ im Staatsdienst wird sehr bald verschwinden, wenn diejenigen, die ihn betreiben, davon keinen Nutzen für sich haben werden. Die Verbannung dieses Pseudopatriotismus aus der Ostmarkenverwaltung, der Polen Nachteil und Schaden bringt, ist die erste Bedingung der Sanierung der Ostmarkenverhältnisse. Und damit muß das Komitee für Angelegenheiten der östlichen Wojskowodschaften beginnen.

„Möge in den Ostmarken das Recht seine Herrschaft antreten!“

## Fluch der Knechtschaft.

### Zersetzungerscheinungen.

Unter obiger Überschrift bringt der „Kurier Polski“ eine Betrachtung, die sehr ernsthaft die wenig ernste Auffassung über die wiedererwachte Freiheit beleuchtet. Diese Worte wenden sich an alle jene polnischen Kreise, die durch die Freiheit blind geworden sind und die, dem Wallenstein gleich, in der Nacht und in den Finsternis ihre Sterne strahlen sehen. Dieser Ruf wird sicherlich nicht gerade auf fruchtbaren Boden fallen, denn der Adler ist zu sehr durch andere Dinge verdrängt und ausgelöscht; aber manchmal wählt auch ein Greifvogel zwischen Steinen und Distanzen, auf unfruchtbarem Boden, groß. So mag denn auch bei uns in Posen diese Lage und diese Mahnung zur Kenntnis derer gebracht werden, die jenseits Polens der Katastrophe immer weiter predigen und die auf ihr Panier die Parole sejten: „Es schlimmer desto besser!“

Es heißt im „Kurier Polski“:

„Die Vorgänge in einer der großen Parteien der Sejminken werden natürlich von allen politischen Lagern und Gruppen der Meinung des Landes mit Aufmerksamkeit verfolgt, mit boshaftigem „Mitleid“ von den einen, mit Kummer und Sorge von den anderen. Wahre Freude, und wenn es nach deutschem Ausdruck Schadenfreude wäre, welen sie in keiner anderen parlamentarischen Gruppe; denn sie sind ein weiterer Alt der großen Tragödie der Bauernparteien im wiedererstandenen Polen, einer Tragödie, die sich im Gebäude der ul. Wiejska fast seit der Versammlung des konstitutionellen Sejm abspielt. Zeichen aufrichtiger Freude über die Zersetzung der „Wyzwolenie“ fanden wir dafür an einer scheinbar ganz unerwarteten Stelle. Im Organ der Meinung, die eine der zahlreichen Gruppen der Wyzwolenie selbst repräsentiert. Dort ist die Zersetzung als Beweis der Lebenskraft begrüßt worden in Gegenüberstellung zu der Gründigkeit anderer Parteien der Linken.“

Diese Freude ist keine alleinstehende Erscheinung. Im Gegenteil, sie ist aus engster Verknüpfung mit der angestrebten Bemühung, Herrn Thugutt aus der Regierung herauszudrängen, also die Versuche einer besseren Organisierung der Politik und der Verwaltung in den Ostmarken des Staates zu vereiteln; sie ist verknüpft mit der düsteren Weltanschauung in allen Fragen des inneren Lebens Polens und auch mit einer gewissen Zurückhaltung in Fragen unserer internationalen Lage.

Wir haben also die ziemlich deutlichen Umrisse dieser aus der Geschichte Polens nach der Teilung so gut bekannten Politik der Katastrophen vor uns, der Politik mit der Parole: „Je schlimmer, desto besser!“

Die Mittelmäßigkeit, um deren politischen Wert man in der Knechtschaft und Emigration homeriche Kämpfe ausfechten konnte, ist im freien Polen, in dem unabhängigen Staate überhaupt eine längst überlebte Ungehuerlichkeit.

„Nacht muß es sein, wenn Friedlands Sterne strahlen!“ Dass solche Nacht in Polen künstlich gemacht wird, davon sind wir eben zur Stunde Zeugen, in einem Augenblick, der zum Arrangieren nächtlicher Szenerien sonderbar schlecht gewählt ist. In einem Augenblick, in dem Polen in Gestalt der in der ganzen Welt wachsenden Auferstehung, Bewunderung und gar Eifersucht die Früchte seiner großen Anstrengung der inneren Sanierung zu pflegen beginnt. In einem Augenblick, wo sein Wille bei den europäischen Ereignissen mitzuwirken beginnt, in einem Augenblick, wo nach der wahrhaften Nacht der Teilungen, noch dem die Sonne verfinsterten Morgenrot über dem früheren Lande der Kreuze und Hölle endlich ein voller, klarer Tag anbricht.

Im Lichte dieses Tages sieht die Freude über die Erscheinungen der „Lebenskraft“ einer zerfallenden Parole wie eine hässliche hässliche Grimasse aus. Politische Antidramatik gebietet vielleicht, diese Lebenskraft gebührend zu illustrieren. Könnte es doch gerade in den Kreisen, die von dieser Freude ergriffen sind, kein Geheimnis sein, wer den Kammerot angeschlag, auf den die Be-

ratungen und Beschlüsse der zweitägigen Tagung der „Wyzwolenie“ eingestimmt waren. Dort kennt man wohl die Botschaft, die aus Moskau von Tomasz Dabala an den Kongress gerichtet wurde und die zum Kampf aller mit allen aufruft, zur kühnen Aufnahme der Politik der Katastrophen, zur agrarischen action directe, zum Sturz der Sanierungsregierung. Sie wissen dort, daß von dieser Moskauer Botschaft die wichtigsten Beschlüsse der Tagung, vor allem der Beschluß über die Landesteignung ohne Entschädigung und den Übergang zur wahren Opposition gegen die Regierung übernommen wurden.

Wenn sie das alles wissen und in diesem Wissen sich über die „Lebenskraft“ der Bewegung freuen, dann verhindern sie sich schwer gegen die Nation, die gerade jetzt der Welt zu beweisen beginnt, daß ihre Seele lebendig ist und also ihre Wiederauferstehung ein Recht war. Und wenn sie nicht wissen? Wenn sie nicht wissen, dann vertraten sie durch ihre Freude, ihre Blindheit und Eigenwilligkeit, Blindheit gegenüber der Gefahr der Arbeit, die sie rühmen, Eigenwilligkeit in der Heiligung der Mittel durch die Ziele.

„Die Notwendigkeit ernsthafter Behandlung und Diskutierung durchaus nicht ernsthafter Ansprüche ist ein schrecklicher Fluch unserer Zeit.“ So schrieb ein großer polnischer Publizist vor ungefähr sechzig Jahren im Augenblick des tiefsten Falles der politischen Krise in Europa. Aber damals erklärte oder rechtfertigte dieser Fall selbst jene nicht ernsthaften Ansprüche, wie die traurige Notwendigkeit der Reaktion darauf. Sollte diese Notwendigkeit in Polen unsterblich sein, und die ohnehin schon so schwere Alltagsarbeit an der Erringung des Sonntags der Bevölkerung erschweren und belasten? Sollte der Fluch der Knechtschaft immer über uns hängen?

## Ausländische Kundgebungen für das Paulinum.

### Schwedens Protest.

Doch die Liquidation des Paulinums und die damit verbundene schwere Beeinträchtigung der evangelischen und deutschen Belange innerhalb Polens nicht mehr eine nur rein innerpolnische, sondern heute eine internationale Angelegenheit ist, haben die Tage vor und nach der Pariser einstweiligen Verfügung deutlich erwiesen. In welchem Maße aber die evangelische Welt auch rein geistlich mächtig das Vorgehen gegen die für Kirche und Bevölkerung gleich lebenswichtige Instanz verurteilt, geht aus den Kundgebungen hervor, die von hohen Würdenträgern des Auslandes an die Anschrift des Liquidationskomitees in Posen gerichtet worden sind. Wir begnügen uns heute damit, unseren Lesern aus Schweden zur Kenntnis zu bringen.

Schweden.

An das „Komitet Litwidachny“

Konkordat ab, indem er zugleich 2 Resolutionen einbrachte, in denen die Regierung aufgefordert wird, im Laufe von Monaten im Wege einer Verständigung mit dem Apostolischen Stuhl den Text des Interpretationsgesetzes zu vereinbaren unter Beseitigung der Mängel und Zweifel, die die Stilisierung des Konkordats aufkommen lassen kann. Nach Annahme eines Antrages über Unterbrechung der Diskussion ergriff der Korreferent Abg. Czapinski von den Soz. das Wort, der die Erledigung des Verhältnisses zu anderen Bekanntschaften im Einlaufe mit Art. 116 der Verfassung, sowie entsprechende Toleranz und Zusicherung der Legalisierung verlangte und erklärte, daß seine Partei die Grundsätze des weltlichen Staates verteidige und um Ablehnung des Konkordats bitte. Abg. Dubanowicz von den Christl. Nat. sprach sich zunächst gegen die Resolutionen aus, die während der Auseinandersetzungen im Plenum eingebracht worden waren, und äußerte dann die Gewissheit, daß die Geistlichkeit ohne Rücksicht auf das Ergebnis der Abstimmung über die Besolungsresolutionen in ihrer Arbeit für das Wohl der Kirche und des Staates aufzuhören werde. Der Marschall ließ zunächst über den Antrag des Abg. Czapinski auf Ablehnung des Konkordats abstimmen. In der namenlosen Abstimmung erklärten sich 110 Abgeordnete für und 181 Abgeordnete gegen den Antrag. Der Antrag auf Ablehnung des Ratifizierungsgeistes wurde also abgelehnt, und das Gesetz in zweiter Lesung angenommen. Für die Ablehnung der Ratifizierung des Konkordats stimmten die Abgeordneten der Wyzwolenie, der Soz., des Klubs der Ukrainer, der Deutschen Vereinigung, des Bauernbundes, der Kommunisten und der Unabhängigen Bauernpartei. Die nächste Sejmssitzung findet am heutigen Freitag statt.

### Einführung des Kultusministers.

Im Kultusministerium stand gestern die Verabschiedung des Professors Jawidzki, des bisherigen Leiters des Ministeriums und die Begehrung des neuen Ministers Professor Stanislaw Grabski statt.

### Der staatliche Genossenschaftsrat.

Nach einer Meldung des „Kurier Poznański“ sind in den staatlichen Genossenschaftsrat Senator Grzegorz Adamski von der Christlichen Demokratie, Senator Georg Busse von der Deutschen Vereinigung und W. Seydlitz berufen worden.

### Kiedroś tritt nicht zurück.

Der „Kurier Warszawski“ demonstriert das Gerücht von einem Rücktritt des Industrie- und Handelsministers Kiedroś. Der Minister habe eine Reihe von Aufgaben zu erledigen, die die Kontinuität der Leitung erfordern, und vor deren Beendigung sei sein Rücktritt nicht wahrscheinlich.

### Wyzwolenie.

Der Abg. Fideriewicz soll nach einer Meldung des „Kurier Pozn.“ seinen Austritt aus der Wyzwolenie erklärt haben. Bei den Parteiverhandlungen wurde der Antrag auf Beschließung eines Wahlrauslösungsstimmabstimmung für den Klubvorstand Rudzinski mit 28 gegen 20 Stimmen bei einer Stimmabstimmung abgelehnt. Begehrungszeitende wurden die Abgeordneten Butek und Wyszkowski.

### Beschlagnahme des ukrainischen „Dilo“.

Die Agencja Wschodnia meldet aus Lemberg: Die Donners-tagsausgabe des „Dilo“ ist beschlagnahmt worden, weil an leitender Stelle ein Aufruf mit sehr starken staatsfeindlichen Aussagen veröffentlicht war, der sich an die Ruhinen in Europa und Amerika mit der Bitte um Hilfe für das russische Volk wandte.

## Dr. Jarres manhafte und feste Haltung gegen die Franzosen.

### Offener Brief Leiparts an Jarres.

Der Vorsitzende des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Leipzig, hat an Oberbürgermeister Dr. Jarres einen offenen Brief gerichtet, der sich gegen ein vom Reichsblick herausgegebenes Flugblatt richtet, aus welchen hervorgeht, daß die in den freien Gewerkschaften organisierten Arbeiter, Angestellten und Beamten für Dr. Jarres als Nachfolger Friedrich Eberts eintreten. Das Flugblatt greift auf einen Brief zurück, den die freien Gewerkschaften Duisburgs gemeinsam mit anderen Organisationen am 20. Januar 1923 an den Kommandierenden General der Besatzungstruppen gerichtet haben und in welchem sie gegen die rechtsradige Ausweisung Dr. Jarres aus Duisburg protestieren. Wie Leipzig in dem offenen Brief erklärt, hat dieser Brief nicht dem Politiker Jarres, sondern dem Berater der deutschen Verwaltung gegolten, der von dem wider Recht und Vertrag eingedrungenen Gegner seines Amtes entsetzt wurde. Gegen die außenpolitischen Überzeugungen Dr. Jarres' hätten die freien Gewerkschaften stets in leidenschaftlichster Opposition gestanden, und ihre Mitglieder würden daher am 29. März Dr. Jarres ihre Stimmen nicht geben.

### Amerikas wachsendes Interesse für Europa.

#### Zur Frage der Abrüstungskonferenz. — Die Teilnahme Deutschlands und Russlands.

London, 27. März. Der Washingtoner Berichterstatter der „Morningpost“ schreibt: Die vorgelegte einständige Konferenz zwischen Gooldge und Senator Borah habe sich hauptsächlich mit den geplanten Flottenabrüstungskonferenzen befaßt. Gooldge und Borah seien der Ansicht, daß wenn die Vorschläge Chamberlains angenommen würden, die Arbeit, die in Washington geleistet werden müsse, leichter sein werde. Chamberlain und Borah stimmten weiter darin überein, daß die Frage der Landstreitungen nicht in Washington zu erörtern sei, obgleich sie nichts tun würden, um eine solche Erörterung unter auswärtigen Mächten zu verhindern, wenn diese der Ansicht seien, daß dadurch irgend etwas erreicht werden könne. Borah würde es gern sehen, daß sowohl Russland als auch Deutschland an der Flottenabrüstungskonferenz teilnehmen, weil ihre Anwesenheit den Friedenförderlich sein würde.

### Die Furcht vor dem Anschluß Österreichs an Deutschland.

Das „Echo de Paris“ beschäftigt sich heute mit der Frage des Anschlusses Österreichs an Deutschland. Die Zeitung stellt fest, daß man in den leitenden Kreisen Österreichs die Ansicht vertrete, der Anschluß an Deutschland wäre der beste Weg für die Wiederherstellung der österreichischen Finanzen. Diese Lösung erüttelt dem österreichischen Volk um so verloren, als es sich nicht damit abfinden könnte, seine frühere große historische Tradition in den engen Kreis eines Schweizer Kantons einzuschließen. Zu dieser kritischen Zeit werde die Haltung Westeuropas entscheidend sein. Man müsse sagen, daß weder England noch Amerika die ihnen auffallende Rolle spielen; weder in England noch in Amerika sei man bereit, Österreich finanziell zu unterstützen, und man verweise es an die deutschen Finanzinstitute. Bei den gegenwärtigen Sicherheitsverhandlungen verfüge Frankreich den Status Centraleuropas, der vor sechs Jahren aufgestellt wurde, zu verstärken. Es merke aber nichts nützlich, wenn andererseits in der Einheit die Geldmächte eine Politik verfolgten, die auf ihre unmittelbaren egoistischen Interessen seien und auf die Wiederherstellung des wirtschaftlichen Zustandes, wie er vor 1914 bestand, rechnen. Die Konferenz der kleinen Entente, die dieser Tage sich versammeln werde, werde die Hauptaufgabe haben, der Gefahr eines Anschlusses Österreichs in Deutschland entgegenzutreten.

## Republik Polen.

### Die deutsch-polnischen Verhandlungen.

Berlin, 27. März. (Privattelegramm.) In den deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen werden die nach Warsaw gereisten polnischen Herren nunmehr am Dienstag in Berlin zu einer weiteren Verhandlung einberufen. Nach ihrer Rückkehr soll mit der Befreiung der Einzeltarife begonnen werden. Sowohl von der polnischen wie auch von der deutschen Delegation werden die Gerüchte von einem Abbruch der Verhandlungen als unbegründet bezeichnet, doch sei mit einer längeren Dauer der Verhandlungen jetzt zu rechnen.

### Vom Sejm.

Der Sejm brachte in seiner Donnerstagssitzung die Beratungen über das Konkordat bis zur Abstimmung in zweiter Lesung. Abg. Butek von der Wyzwolenie erklärte, daß das Konkordat nur das Standesinteresse der Geistlichkeit verteidige. Die Wyzwolenie hält in ihrem Streben nach Trennung der Kirche vom Staat, die Schaffung engerer Bande zwischen dem Staat und der Geistlichkeit nicht angebracht. Der Redner kündigte an, daß seine Partei das Konkordat auch außerhalb des Sejm bestimmen werde. Abg. Stronach von den Christl. Nat. polemisierte mit dem Vorredner und erklärte, daß das Konkordat ein Ausdruck der Vereinigung des Lebens des polnischen Staates mit dem Leben der katholischen Kirche sei. Wenn Polen das Christentum vom Osten angenommen hätte, dann wäre das polnische Volk sicherlich nicht das gewesen, was es im Laufe der Geschichte war. Der Redner äußerte dann die Hoffnung, daß die Angelegenheit der Bejöldung der Geistlichkeit von der Regierung besser erledigt werden würde, als es im Vertrage der Fall ist. Abg. Cieplak gab im Namen des Bauernbundes die Erklärung ab, daß seine Partei gegen das Konkordat stimmen werde. Abg. Bopiel von der Nat. Arbeiterpartei gab eine Erklärung für das











# Die Wissenschaft

hat einwandfrei erwiesen, daß Katheriners Kneipp-Malzkaffee etwas wesentlich anderes ist, als „gewöhnlicher Malzkaffee“ — von einfacher gebrannter Gerste ganz zu schweigen!

**Der Gehalt macht's!**

Grundstück-Austausch-Gemeinschaft deutsch. Optanten u. Besitzer  
in Polen **Tausch u. Verkauf**  
Auskunftstelle: Frankfurt a. O., Wilhelmplatz 2.  
Eingang: Logenstraße. Rückporto beilegen.

## Für kapitalkräftige Reflektanten suche Güter

von 400 bis 1000 Morg. und 1500 bis 3000 Morg.  
sofort zu kaufen. Nur gute Objekte kommen in Frage.  
Gest. Anmeld. an das „Landwirtschaftliche Kommissionsgeschäft“, Poznań, ul. Fr. Ratajczaka 10, L.

## Günst. Kaufgelegenheit für Optanten.

Beginn Auseinandersetzung ist unser in Alben bei Glogau belegenes

## Betonbaugeschäft mit Zementwarenfabrik zu verkaufen.

Das Geschäft ist in einer reichen Umgebung eine gute Existenz. Die Fabrik ist außerst günstig direkt am Bahnhofslüftung gelegen. Agenten verboten.

Zinsgeb. von Selbstinteressenten an „Glogauer Zementwarenwerk“ G. m. b. h. in Alben bei Glogau erbeten.

## Oberschles. Sägewerk

verkauft im ganzen oder geteilt:

- 1 neue stationäre Heißdampf-Locomotive, 10, 120, 150 PS, 12 Atm., Fabrikat R. Wolf, Magdeburg, Baujahr 1923,
  - 1 Dampfmaschine, 800 mm, Fabrikat F. W. Hofmann, Breslau, wenig gebraucht,
  - 2 Dampfagitter, 450 mm, wie vor,
  - 1 dreiteilige Hobelmaschine, Fabr. Hofmann, Breslau, 500 mm Hobelbreite,
  - 1 doppelte Beißsäge-Kreissäge, 150 mm Schnithöhe,
  - 2 Pendelsägen, 500 mm Blattdurchmesser,
  - 1 automatische Sägenschleissmaschine,
  - 1 Schleifmaschine für Hobelmesser,
  - 1 Dagna-Späne-Abstaugungsanlage,
  - 1 Hobel-Hobelmashine, 500 mm breit, Fabr. Eichner, mit Motor,
  - 1 Kettensäge mit Elsengestell, 30 cm Blattdurchmesser, mit Motor,
  - Transmission, Riemenscheiben, Riemer etc.
- Gest. Angebote unter L. 4806 an die Geschäftsstelle d. Blattes.

## Verkaufe mein Restaurant

mit großem Konzert- und Gemüsegarten, Saal, Regelbahn und Musikpavillon, der beste Konzertgarten am Platz. Stadt in Deutsch.-Schl., 28 000 Einwohner, mit sämtlicher Einrichtung. Preis 35 000 Mark. Zu erfragen beim Eigentümer R. Schlinke in Mallmitz 22, Kreis Sprottau.

## Freiwillige Versteigerung.

Am 6. April 1925, vormittags 9 Uhr versteigert  
ich gegen Höchstgebot:

**Landw. Geräte u. Wagen, sowie  
Haus- und Wirtschaftsgeräte**  
Försterei Jarnostów, p. Sosnie, pow. Orlańów.

Ausschneiden!

Ausschneiden!

## Postbestellung.

An das Postamt

in

Unterzeichneter bestellt hiermit

1 Posener Tageblatt (Posener Warte)  
für den Monat April 1925

Name .....  
Wohnort .....  
Postanstalt .....  
Straße .....

## Obstbäume

Fruchtsäume  
Pfirsich  
Aprikosen  
Alleebäume  
Biersträucher  
Schlingpflanzen  
Heckenpflanzen  
Blütenstände

Preis, um Garteneigentümer  
auf Verlangen kostengünstig  
angebotet.

## Rosen

Große Posten, sowie alle anderen Baumzuchtnaristiken liefern sehr preiswert und erstklassig.

[2704]

**Aug. Hoffmann**  
Baumschulen, Gniezno  
Telephon 212.

Für neue vollständige  
Bodeeinrichung  
m. Kupfer-Ofen, 2 Petroleumöfen, eine engl. Drehrolle mit 3 (Eichenrollen), groß. Küchenkranz, großerne Geldkassette, Eisenschrank usw. zu verkaufen.  
Gest. Angeb. u. 4816 an d. Geschäftsst. d. Blattes erb.

## „VESTI“

Towarzystwo  
Wzajemnych Ubezpieczeń  
od Ognia i Gradochcia w Poznaniu

versichert gegen Hagelschäden.

Die größte Hagelversicherungsgesellschaft in Polen!

**27 000 Mitglieder**

wodurch ein sehr günstiger Risiko-Ausgleich.

## Konkurrenzlos niedrige Prämien!

Grundprämien system u. Nachschußzahlung wodurch sehr günstige Zahlungsbedingungen.

Spezielle Verträge abgeschlossen mit

Związek Producentów Rolnych u. Sp. Akc. „DOMENA“.

Die Generaldirektion Poznań, sw. Marcin 61, schließt auch mit anderen landwirtschaftlichen Vereinen nach vorheriger Verabredung Vergünstigungsverträge ab.

**Zur Annahme von Hagelversicherungsverträgen**

und Ausgabe der Policen sind berechtigt die Abteilungen in:

Poznań, ul. Fr. Ratajczaka 36, Grudziądz, plac 25-go Stycznia 10

Bydgoszcz, ul. Dworcowa 73, Ostrów, Rynek 32, Katowice, ul. 3-go Maja 36a.

Zur Entgegennahme von Anträgen sind berechtigt die Herren Vertreter in: Leszno, Wielkopolska 15, Gniezno, Warszawska 36, Toruń, Pocztowa 2 róg Nowy Rynek. Vorsitzender des Aufsichtsrats Graf A. Złotowski, Jarogniewice.

„Vesta“ versichert auch gegen Feuerschäden u. Diebstahl.

## Solbad Inowrocław

Stärkstes Jodbromhaltiges Sol- und Mutterlaugenbad, außerdem werden verabfolgt:

Kohlensäure-, Moor-, Hydrotherapeutische und Sonnenbäder, wirkend heilkraftig bei Frauen- u. Kinderkrankheiten, Rheumatismus, Gicht, Hautkrankheiten, Skrofulose, Neuralgie, Rachitis usw.

Dauer der Saison vom 15. Mai bis Ende September.

Die Anstalt wurde erheblich erweitert.

Die Preise sind mäßig.

Die Preise sind ermäßigt.

**Solbadverwaltung.**

Empfehlen zur Reinigung von Klee- und Grassamen  
unsere neu aufgestellten

**Sämereien-Reinigungsmaschinen**  
Landw. Hauptgesellschaft, Poznań (Sämereien-Abteilung).

## Wir gerben u. färben Pelzfelle

auf Alaska, Skunks, Zobel, patagonisch, schwarz und braun in 1a Ausführung

## Wir reinigen u. färben Kleider

und Stoffe aller Art billig und gut

## Färberei u. chem. Reinigungswerke

Dr. Proebstel & Ska., Gniezno.

Filialen: Gniezno, Bydgoszcz, Inowrocław, Września, Kościan,

Poznań: ul. Podgórska 10      Ostrów Wkp.: ul. Kolejowa 4

ul. Pocztowa 27      ul. Strzelecka 1

ul. Ratajczaka 34      ul. Kraszewskiego 17.

## Strumpf- und Strickwarenfabrik

Hahn & Co.

Chemnitz: Limbacherstr. 179—81      Danzig: Poggenpfuhl 59. Tel. 409

## liefern in bester Ausführung:

Klubwesten, lange Strickjacken  
gestrickte Kinderanzüge  
gestrickte Kinderkleidchen  
Shawls u. Mützen. Sportstrümpfe, Strickkostüme  
starke Strümpfe, Unterjacken, Strumpflängen  
gestrickte Babysachen usw.



**Milchkannen**  
H. H. Jan Markowski  
Poznań Miełyński 23  
Tel. 52-43.

## Privatlandwirtschaft

82 Morg. Weizenboden, gute Lage und gute Gebäude, steht zum Verkauf, Tausch oder Verpachtung.  
Angeb. unter 4818 an die Geschäftsst. d. Blattes erb.

Polsko-Niemiecka Hodowla Nasion, T. z o. p.  
Deutsch-Polnische Saatzucht, G. m. b. H.

Post- u. Bahnstation: **Zamarte**, Teleg. Adresse:  
Ogorzeliny, p. Ogorzeliny, Ponikona-Ogorzeliny  
Tel.: Ogorzeliny I. pow. Chojnice (Pomer.)

## Frühjahrs-Saatgut

**Getreide:**  
Orig. P. S. G. „Gelbsterhafer“, gelb, mittelspät, frittilienfest, höchstertragreich, lagerfest.

Orig. P. S. G. „Gambrinus“-Sommergerste, zweizilig, höchster Ertrag bei grösstem und schwerstem Korn, gern gesuchte Brauware.

**Kartoffeln:**  
Orig. P. S. G. „Blücher“, konstanter Silesiatyp, sicherster Boden, vieljährige Siegersorte, spätreifend.

Orig. P. S. G. „Odenwälder Blaue“, wohlschmeckende, Frühsorte.

Orig. P. S. G. „Müllers Frühe“, beste Kaiserkrone-type.

Orig. P. S. G. „Neue Industrie“, beliebteste, gelbfleischige Weitsorte, spätreifend, bereits ausverkauft.

Orig. P. S. G. „Werder“, gelbfleischige, ertragreiche Frühkartoffel.

Orig. Kl. Spiegler „Wohltmann“ beste Wohltmann type, mit gleichbleibendem hohen Stärkegehalt.

Orig. Kl. Spiegler „Silesia“ trotz ihrer Ansprüche, losigkeit stets hervorragend im Ertrag und Stärkegehalt.

Bestellungen werden rechtzeitig erbeten.  
Verladung erfolgt von Zamarte und den nächstgelegenen Anbaustationen mit Frachtermäßigungsschein.

## Zur gefl. Beachtung! Wir bitten allen Antrag zu stets das

**Rückporto** beifügen zu wollen.

## Drukarnia Concordia

Sp. Akc.  
Poznań, ul. Zwierzyniecka 6.  
Versandbuchhandlung.  
Posener Tageblatt.

Ausschneiden!

Ausschneiden!

## Postbestellung.

An das Postamt

in

Unterzeichneter bestellt hiermit

1 Posener Tageblatt (Posener Warte)  
für das 2. Quartal Jahr 1925  
(April—Mai—Juni)

Name .....

Wohnort .....

Postanstalt .....

Straße .....



# Was die Welt zur Rede Chamberlains sagt.

„Deutschland kann kein Sklavenstaat bleiben.“

Chamberlains große Rede wird von der Presse aller Staaten außerordentlich eingehend kommentiert und besprochen. Man ist sich klar darüber, daß die deutschen Vorschläge zur öffentlichen Diskussion gestellt sind, und daß sie nicht mehr mit still schweigen; auch nicht von Frankreichs Seite, übergangen werden können. Die Angelegenheit ist sozusagen ins Rollen gekommen.

Auf Grund von Funksendungen war es uns möglich, schon gestern die Haltung der französischen maßgebenden Presse zu schätzen, die ganz auffallend scharf gegen England zu Felde zieht.

Weiter wird noch gemeldet:

Ges. 27. März. Die Pariser Abendpresse ist entsetzt über Lloyd Georges Verlangen, daß Oberschlesiens Schiedsgericht neu gestaltet werde und daß Oberschlesien entsprechend der Generalabstimmung zugesprochen werden müsse. „Temps“, „Matin“ und „Journal“ nennen Lloyd Georges Rede eine Unverdienstlichkeit. „Echo de Paris“ schreibt: Lloyd George habe ganz Oberschlesien an Deutschland zugesprochen. Das kein englischer Minister sich dagegen gewandt habe, beweise, daß die englische Regierung die Auffassung Lloyd Georges teile.

**Die Haltung der englischen Presse**

zu den deutschen Vorschlägen und den Ausführungen Chamberlains ist im allgemeinen befähigend und freundlich. Man wird sich in England immer mehr der wachsenden Bedeutung Deutschlands bewußt, ohne dessen Teilnahme keine gesunde europäische Politik zu betreiben ist.

Zur Sicherheitsfrage geben die „Times“ der Ansicht Ausdruck, daß es wahrscheinlich besser sei, wenn man jetzt alle Diskussionen über das östliche Problem beiseite lasse und die ganze Aufmerksamkeit auf die Erzielung einer annehmbaren und dauernden Lösung am Rhein lenken würde. Es sei, so führt das Blatt aus, in hohem Grade befriedigend, von Chamberlain zu hören, daß Deutschland gewillt sei, die aus den Artikeln 42 und 45 des Friedensvertrages sich ergebenden Verpflichtungen voll anzuerkennen. Das Vorhandensein eines ausgedehnten Gebietes zwischen zwei Ländern, die in der Vergangenheit die Hauptfeinde in Westeuropa gewesen seien, eines Gebietes, das unter der Oberaufsicht des Völkerbundes stehe, und in dem weder bewaffnete Streitkräfte ausgestellt werden, noch Kriegsrüttungen erfolgen dürfen, scheine in der Tat die Hoffnung auf die Sicherung eines praktischen und dauernden Friedens, zuzulassen. Sollten, wie es wahrscheinlich der Fall sein dürfte, gewisse europäische Staaten den Wunsch hegen, auf der nächsten Tagung des Völkerbundes in irgend einer Form des Schiedsgerichts, Sicherheits- und Aburteilungsthema zur Sprache bringen, so müsse die britische Regierung rechtzeitig unterrichtet werden, um ihren Vertretern die notwendigen Anstrukturen geben zu können.

Der „Star“, das Abendblatt der „Daily News“, schreibt im Zusammenhang mit der Rede Chamberlains: Man weiß noch nicht, wie sich Frankreich zu dem deutschen Angebot stellen werde, da die Augen von Paris anscheinend zu eifrig auf Polen gerichtet

## Deutsches Reich.

**Marx kehrt nach Berlin zurück.**

Berlin, 27. März. Laut „Börsicher Zeitung“ beabsichtigt der vorläufige preußische Ministerpräsident Marx nach Berlin zurückzukehren. Er dürfte voraussichtlich bereits an der heutigen Sitzung des ständigen Ausschusses des preußischen Landtages teilnehmen.

**Heldt Kandidat auch im zweiten Wahlgang.**

Einer Blättermeldung zufolge beabsichtigt die bayerische Volkspartei, den bayerischen Ministerpräsidenten Heldt auch für einen evtl. zweiten Wahlgang aufzustellen.

**Deutschland und der Völkerbund.**

Berlin, 27. März. Laut „Daily News“ ist die Blättermeldung, daß Deutschland seinen Eintritt in den Völkerbund von der Räumung Kölns abhängig machen wolle, nach Meinung gut unterrichteter Kreise in London nicht zutreffend. Die Ansicht mache, daß die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund und die Räumung Kölns fast gleichzeitig im Herbst stattfinden würde. Man glaube jedoch und hoffe doch, die Berliner Regierung in ihrem Antrag an den Völkerbund den ihr gegebenen Rat beherzigen und keine Bedingungen stellen werde.

**Vor einer Neuerierung der deutschen Regierung zur Sicherheitsfrage.**

Berlin, 27. März. Wie wir aus unterrichteten Kreisen des Auswärtigen Amtes erfahren, gehen die diplomatischen Unterhandlungen der Reichsregierung in der Sicherheitsfrage weiter. Die Reichsregierung wird am Samstag einen Kabinetsrat abhalten, der sich in der Haupthalle mit dem englischen Vorschlag einer Revision der deutschen Anträge beschäftigen wird. Im übrigen sieht zu dieser Frage eine maßgebende Neuerierung deutscher Regierungskreise unmittelbar bevor.

**Der englische Botschafter im deutschen Auswärtigen Amt.**

Berlin, 27. März. Die Regierungen in London und Paris wirken weiter mit Hochdruck auf die Reichsregierung ein, um sie zu einem schnellen Entschluß zu bringen. Heute war wieder der englische Botschafter im Auswärtigen Amt. Nach einer Neuermeldung von gestern tritt der Botschafter am 7. April wieder zusammen.

**Abgelehnter Schiedsspruch.**

Dortmund, 27. März. Der neue Schiedsspruch im Bohnenkrieg des Ruhrbergbaus wird wieder von den Arbeitnehmerorganisationen abgelehnt. Reichs- und Staatskommissar Rehlich beabsichtigt nunmehr, den Schiedsspruch am 31. März für verbindlich erklären zu lassen.

**Gemeinsamer Vorstoß der Demokraten und Sozialdemokraten.**

Berlin, 17. März. Demokratische und sozialdemokratische Parteiführer kündigen heute an, unmittelbar nach der Reichspräsidentenwahl in der nächsten Woche bei der Reichsregierung vorstellig zu werden, um sie zu entscheidenden Handlungen in den außenpolitischen Fragen zu bestimmen. Nach einer Pariser Rundumsmeldung vom Mittwoch sollte die neue Enwaffnungsnote an Deutschland noch vor Ostern überreicht werden. Der Botschafterrat wird am Dienstag wieder zusammenkommen.

**Schadenersatzanmeldungen.**

Essen a. Ruhr, 27. März. Bei der alliierten Abwickelungsstelle in Düsseldorf sind bis 1. März für verlorene gegangene Güter während der französisch-belgischen Eisenbahngesellschaften Schadenersatzanträge von 17 Millionen Mark eingegangen. Die Anmeldefrist ist inzwischen bis zum 10. April 1925 verlängert worden.

**Ludendorff und Dr. Held.**

München, 27. März. General Ludendorff und Dr. Held haben abgelehnt, ihre Kandidaturen für den ersten Wahlgang zurückzuziehen. Zurzeit verhandeln der Reichsbund noch über die evtl. Unterstützung der nationalen und volkswirtschaftlichen Stimmen für den zweiten Wahlgang.

sind. Die Erinnerung an die Dienste, die Poniatowski und seine Männer Napoleon geleistet haben, habe im neugegründeten Frankreich zu einer Art Verehrung der polnischen Republik geführt. Diese gefühlsmäßige Betrachtung verbinde es mit dem Wunsche, an Deutschlands Ostgrenze eine Wunde offen zu halten. Zweit bestehet die Gefahr, daß die Polen, die mische ausgedrückt, sozusagen vom Nationalismus vergiftet sind, Frankreich auf den falschen Weg führen. Frankreich braucht aber den Frieden, damit es endlich anfangen kann, seine Schulden zu bezahlen, und es wäre sehr böse für England, wenn es dieses Geld weiter für Militärzwecke und Kriegsanleihen an Polen gebe. Polen ist doch nur ein iridesches Tropfen, das sich zwischen den beiden Meißtöpfen Russland und Deutschland befindet. Auch Englands Interesse neigt zum Frieden, und wenn es uns gelingt, unsere Presse vor der Idee abzubringen, Deutschland müsse ein Sklavenstaat bleiben und den Alliierten 50 Jahre lang Tribut zahlen, dann werden wir endlich den wahren Frieden erreichen.

**Italienische Meinungen.**

Zürich, 27. März. Der einflussreiche „Corriere della Sera“ schreibt: Oberschlesien ist wieder in den Mittelpunkt der europäischen Geschichte gerückt. Die Teilung Oberschlesiens wurde auch in Italien nicht verstanden. Die Redaktion wird ihre Folgen haben. Die internationale Diskussion über Oberschlesien ist wieder eröffnet.

**Auch Amerika für Deutschlands Vorschläge.**

Eine Blättermeldung aus Newark berichtet darüber: Chamberlains Rede wird von allen Blättern ausführlich in großer Aufmachung gebracht. Alle Zeitungen veröffentlichen günstige Kommentare und begrüßen den Hauptinhalt der Rede. Das offizielle Washington lehnt eine Kommentierung ab, doch liefern der Regierung nahestehende Personen wissen, daß die Vereinigten Staaten die von Deutschland vorgeschlagene Regelung begrüßen und Erfolg davon erhoffen.

Washington, so wird betont, sei am Zustandekommen des Sicherheitspaktes schon deswegen interessiert, weil vorher die Abschüttungspläne wegen des Widerstandes Frankreichs ausichtslos seien. Chamberlains Ansichten über das Genfer Protokoll entsprechen durchaus denen Amerikas. Auch die Vereinigten Staaten hoffen, daß das Protokoll nunmehr endgültig fallen gelassen werden sei. Sie nehmen an, daß auch in der Septembertagung des Völkerbundes der Gedanke nicht wieder aufgenommen werden wird.

**Französische Anweisungen zu deutschen Sicherheitsvorschlägen.**

London, 27. März. Der diplomatische Berichterstatter „Daily Telegraph“ schreibt, es verlaute, daß der französische Botschafter mit eingehenden Anweisungen über das deutsche Sicherheitsvorschläge aus Paris zurückkehre, die zum größten Teil Fragen berichten, die die deutsche Regierung enthalten.

die eine Schädigung verursachten, so daß die beschädigten Zellen neu fest werden müssen.

**Frankreich ist unangenehm berührt.**

Ges. 27. März. Wie der „Matin“ heute meldet, ist der französische Botschafter in London beantragt worden, eine Aussprache mit Chamberlain über die Unterhausdebatte herbeizuführen. Die französische Regierung sei unangenehm berührt, daß den schweren Angriffen Lloyd Georges auf Polen und auf die Entscheidung des Völkerbundes über Oberschlesien von englischer Regierungseite nicht entgegengetreten worden ist.

**Kreuzerneubau in Australien.**

Sydney, 27. März. Die Bundesregierung nahm das Angebot einer englischen Firma zum Bau von zwei Kreuzern an. Die Schiffe werden in England gebaut. Die Kosten betragen 4½ Mill. Pfund. Da nach der Annahme dieses Angebots von der zum Bau der Schiffe zur Verfügung stehenden Summe ungefähr 800 000 Pfund übrig bleiben, so soll dieser Betrag für den Bau eines 6000-Tonnen-Flugzeugmuttergeschiffes dienen, das in Australien gebaut wird.

**Die französischen Sozialisten für den Garantiepakt.**

Basel, 27. März. Die „Basler Nat-Ztg.“ meldet aus Paris: Die Parlamentsgruppe der französischen Sozialisten trat für den Beitritt Frankreichs zu jedem Garantiepakt ein. Voraussetzung sei, daß sich dieser Pakt in dem im Völkerbundspakt vorgezeichneten Grenzen halte und Deutschland dem Völkerbund angehöre. Auch Deutschland müsse durch den Völkerbund vor jedem Angriffskrieg geschützt werden.

## In kurzen Worten.

Der Finanzausschuß der französischen Kammer hat festgestellt, daß sich das Defizit für das Rechnungsjahr 1924 auf 4 700 000 000 Franc belaufen.

Nach Ablehnung des bulgarisch-griechischen Minderheitsprotokolls in Genf wurden aus Mazedonien weitere 15 000 Bulgaren ausgewiesen.

Der in Südamerika lebende spanische Schriftsteller Salvadore Arriau, dessen Erfindung eines neuen Satzezeichens bereits Aufsehen erregte, hat einen Roman veröffentlicht, der sich durch eine besondere Extravaganz auszeichnet. Er konnte seinen Verleger dazu bewegen, das Buch gänzlich ohne Titel zu veröffentlichen. Das Titelblatt des Buches enthält nichts als die Mitteilung: Autor: Salvadore Arriau.

Die Schweizer Blätter bringen jetzt aufsehenerregende Meldungen über einen im Februar 1917 stattgefundenen Einbruch in die — damals in der Schweiz etablierte — österreichische Spionagezentrale.

Das Gericht in Lucia verurteilte 18 Künstler, Kunsthändler und deren Helfershelfer, die eine große Anzahl alter Gemälde, Skulpturen und wertvolle Kultusgeräte aus den Kirchen Losianos gestohlen hatten, zu langjährigen Freiheitsstrafen. Der Hauptdurch, der Maler Emilio Carabbi, wurde in Abwesenheit zu acht Jahren Zuchthaus verurteilt. Bei einem der verurteilten Kunsthändler wurde ein Gemälde von van Dyck im Werte von mehreren Millionen beschlagnahmt.

Im 91. Lebensjahr ist der Senator des bayerischen Hauses, Ritterordens vom heiligen Georg, Kämmerer Graf Karl v. Oberdorff, gestorben.

Im Verlaufe der Ausgrabungen in der Nähe von Osgoode in Ungarn wurden in den letzten Tagen sechs Sarkophage aus der Römerzeit zutage gefördert. Die Funde stammen aus dem zweiten Jahrhundert nach Christi.

Der Präsident des evangelischen Konistoriums für die Provinz Pommern, der Wirkliche Geheime Oberforstinspektor Dr. Karl Gossner, tritt am 1. April in den Ruhestand.

Die Kritik der Pariser Presse an Chamberlains Rede ist sehr scharf und schroff gehalten.

Am 27. März beginnt in Breslau eine internationale Eisenbahnonferenz, in der die Warentarife im Verkehr mit Rumänien unter Berücksichtigung des Transitverkehrs durch Polen festgesetzt werden.

## Letzte Meldungen.

**120 Millionen für Wohnungsbau.**

Berlin, 27. März. Für den Wohnungsbau wurden in dem preußischen Staat 120 Millionen Mark neu eingesetzt.

**Der Reparationskönig in Paris.**

Berlin, 27. März. Generalagent Parler begibt sich Sonntag nach Paris zur persönlichen Erstattung des Monatsberichts über die deutschen Davoszahlungen.

**Vor einem Landarbeiterstreik?**

Die „Agencia Wschodnia“ meldet aus Warschau: Der Vorstand des Berufsverbandes der Landarbeiter hat das Urteil der Schiedskommission abgelehnt. Es wurde beschlossen, am 20. d. Mts. den Streik aller Arbeiter in den Wojewodschaften Posen und Pommern zu erklären. Der Zentralvollzugsausschuß der Sozialistischen Partei hat beschlossen, dieser Aktion politische Unterstützung zu gewähren.

**Weiterführung**

**der deutsch-polnischen Verhandlungen.**

Warschau, 27. März. (L. B.) Die deutsch-polnischen Verhandlungen werden den Gerüchten entgegen weiter gepflegt und versprechen eine günstige Erledigung. Im gegenwärtigen Stadium werden allgemeine Fragen besprochen, die die Anwendung des Grundsatzes der Meistbegünstigung betreffen. Es arbeiten die Unterkommissionen für redaktionelle Fragen, für Transport, Transit, Zölle, für Fragen der Volksbewegung und für veterinarische Fragen.

**Unterzeichnung**

**des polnisch-ungarischen Handelsvertrages.**

Am 26. d. Mts. ist in Budapest, wie die „Agencia Wschodnia“ aus Warschau meldet, der polnisch-ungarische Handelsvertrag, der sich teilweise auf die Meistbegünstigungslinie und teilweise auf den Grundsatzen der Tarifermäßigungen stützt, unterzeichnet worden. Polen hat den Tarif für Wein, Paprika und Nährwaren herabgesetzt, und Ungarn hat Ermäßigungen für Textilwaren und Papierprodukte, die aus Polen stammen, gewährt.

**Die heutige Ausgabe hat 10 Seiten.**

Berantwortlich für den gesamten politischen Teil: Robert Strzał; für Stadt und Land: Rudolf Herwegh; für Handel, Wirtschaft, den unpolitischen Teil und die illustrierte Beilage „Die Zeit im Bild“: Robert Strzał; für den Anzeiger: M. Grunmann. — Verlag: „Posener Tageblatt“. Druck: Drukarnia Concordia Sp. Akc., sämtlich in Poznań.

